

Der Vollzugsdienst

2/2012 - 59. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Ein guter Kompromiss
in der dritten
Verhandlungsrunde**

Tabellenwirksame 6,42 Prozent
mehr Einkommen

Seite 3

**Protest gegen ungerechte
Sparsonderopfer
in Baden-Württemberg**

BSBD-Mitglieder beteiligen sich an
der Kundgebung in Stuttgart

Seite 9

**Landtagsauflösung als Chance für
Ministerpräsidentin Hannelore Kraft
und ihre SPD in Nordrhein-Westfalen**

Vorgezogene Landtagswahlen
finden am 13. Mai 2012 statt

Seite 48

Nachtansicht der JVA Bremen



Lesen Sie in dieser Ausgabe im Fachteil: "Konzepte der Mitarbeiterführung"

Landtagswahl am 13. Mai 2012

Landtagsauflösung als Chance für Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ihre SPD

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) ist bei den Menschen in NRW mit ihrer Politik gut angekommen. Seit sie die Landesregierung führt, hat sie bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich an Zustimmung für ihre Politik gewonnen. Mit einer Minderheitsregierung Mehrheiten für wichtige politische Entscheidungen zu organisieren, nötigte selbst politischen Gegnern Respekt ab. Der Landeshaushalt, der in den zurückliegenden Wochen und Monaten beraten wurde, stellte allerdings eine hohe Hürde für die Regierung dar. Bislang waren alle Landtagsfraktionen davon ausgegangen, dass der Haushalt erst in der 3. Lesung mit Mehrheit verabschiedet werden muss, um Gesetzeskraft zu erlangen. Man hielt folglich Ablehnungen, Änderungen und Kompromisse während der zweiten Lesung noch für realisierbar. Dies sollte sich als folgenreicher Fehler herausstellen.

Um Druck auf die Regierung auszuüben, legten sich alle Oppositionsfraktionen auf die Ablehnung des Haushalts in der 2. Lesung fest. Unmittelbar danach tauchte ein **Gutachten der Landtagsverwaltung** auf, das die juristische Auffassung vertritt, dass der Haushalt bereits endgültig abgelehnt ist, wenn auch nur ein Einzelplan in der 2. Lesung keine Mehrheit im Landtag findet.

Politischer Geniestreich oder sachgerechte Landtagsarbeit?

Das Gutachten brachte die Regierungsfraktionen von **SPD** und **Bündnis 90/Die Grünen** mit einem Schlag in eine komfortable Position. Die **Linke** und die **FDP** mussten das Scheitern der Regierung angesichts miserabler Umfragewerte scheuen, wie der Teufel das Weihwasser. Da sie sich politisch in der Frage des Haushalts aber festgelegt hatten, konnten sie faktisch nicht wortbrüchig werden, wenn sie nicht weiter an politischem Kredit bei den Wählerinnen und Wählern einbüßen wollten. Folglich blieb ihnen nichts anderes übrig, als politischen Selbstmord aus Angst vor dem „politischen Tod“ zu begehen.

In den Tagen danach kursierten etliche Verschwörungstheorien. Gab es eine po-



Gerhard Papke (FDP) hat seine Fraktion mit der Strategie der befristeten Ablehnung in eine schwierige Lage gebracht.



Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und ihre Vize Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen), hier bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages, sehen der kommenden Landtagswahl noch mit großer Zuversicht entgegen.

litische Motivation für die gutachtliche Stellungnahme der Landtagsverwaltung oder gar einen geheimen Auftraggeber? Im Landtag schossen die Spekulationen ins Kraut. Besonders der Zeitpunkt der Bekanntgabe irritierte.

Dabei war die Wahrheit relativ unspektakulär. Landtagspräsident **Eckhard Uhlenberg** (CDU) erteilte den Auftrag höchst persönlich. Nachdem der **FDP**-Fraktionschef **Gerhard Papke** ankündigte, seine Partei werde alle Einzeletats ablehnen, sich bei der Abstimmung über das Haushaltsgesetz in 3. Lesung aber möglicherweise enthalten, trat die Landtagsverwaltung in eine intensive Sachprüfung ein. Dem Landtagspräsidenten schwante womöglich, dass die angekündigte Strategie der **FDP** rechtliche Konsequenzen haben könnte.

Die rechtliche Prüfung bestätigte die Befürchtungen des Landtagspräsidenten. Mit der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses saßen die **LINKE** und die **FDP** in

der selbstgestellten Falle. Sie blieben bei ihren Ankündigungen, was dann konsequenterweise zur Auflösung des NRW-Landtags führte.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft konnte sich derweil genüsslich zurücklehnen, hatte sich doch die Opposition faktisch in eine ausweglose Situation manövriert. Denn anlässlich der Neuwahl des Landtags durfte sie im Lichte der Meinungsumfragen von einer deutlichen Mehrheit für **Rot-Grün** ausgehen.

Konsequenzen der Landtagsauflösung für die Politik

Seither haben sich die Sympathien der Wähler jedoch spürbar gewandelt. Die **PIRATEN** sind auf dem Vormarsch. Nach jüngsten Umfragen können sie in Nordrhein-Westfalen mit deutlich über 5 Prozent rechnen, während die Demoskopien ihnen deutschlandweit bereits 13 Prozent prognostizieren. Es sind denn

Forsa-Umfrage vom 21. März 2012

CDU 33 %	SPD 39 %	GRÜNE 11 %	FDP 4 %	LINKE 4 %	PIRATEN 6 %	SONSTIGE 3 %
----------	----------	------------	---------	-----------	-------------	--------------



Am 13. Mai 2012 bestimmt der Wähler, wer in den Landtag einziehen soll.

auch zwei Komponenten, die die Landtagswahl hauptsächlich beeinflussen und letztlich entscheiden werden: **Wie schneiden die PIRATEN als neue Protest- und Sympathiepartei ab und wie verhält sich der öffentliche Dienst bei der Stimmabgabe?**

Bei der Landtagswahl 2010 hatte die CDU die Quittung dafür bekommen, dass sie dem öffentlichen Dienst als ungerechtfertigt empfundene Sonderopfer abverlangte und das gegebene Versprechen bei der Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich nicht einhielt. Mehr als 10 Prozent der Beamten entzogen der CDU daraufhin das Vertrauen und wechselten vornehmlich zu den Grünen. Damit war der Urnengang faktisch entschieden: Schwarz-Gelb hatte die Mehrheit verloren! Der jetzige CDU-Spitzenkandidat **Norbert Röttgen** musste seither erkennen, dass es schwer ist und Zeit braucht, Vertrauen wieder wachsen zu lassen.



Norbert Röttgen, CDU-Spitzenkandidat, bleibt nur wenig Zeit, die Wählerinnen und Wähler von seinen Vorstellungen für NRW zu überzeugen.

Um die Kolleginnen und Kollegen über die Haltung der im Landtag vertretenen Parteien zu wesentlichen Problemen des öffentlichen Dienstes zu informieren, wird der **dbb NRW** die Antworten auf die der Politik vorgelegten Fragen rechtzeitig vor dem Wahltermin veröffentlichen. Die Einzelfragen befassen sich mit den Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den öffentlichen Dienst, die Altersstruktur und die Nachwuchsgewinnung sowie mit der Dienstrechtsreform, dem Landesbesoldungs- und Versorgungsgesetz und natürlich mit der Schließung der Gerechtigkeitslücke, die durch die zahlreichen Sonderopfer der zurückliegenden zehn Jahre eingetreten ist.

Sowohl die Kolleginnen und Kollegen als auch der Wählerzuspruch für die **PIRATEN** könnten dafür sorgen, dass auch bei der Landtagswahl am 13. Mai 2012 keine eindeutigen Mehrheiten zustande kommen könnten. Nachdem die



Sympathieträger und Rhetoriktalent Christian Lindner soll die FDP wieder in den NRW-Landtag bringen.

FDP unter ihrem Spitzenkandidaten **Christian Lindner** wieder Fuß zu fassen scheint, steht Nordrhein-Westfalen ein interessanter Wahlkampf ins Haus.

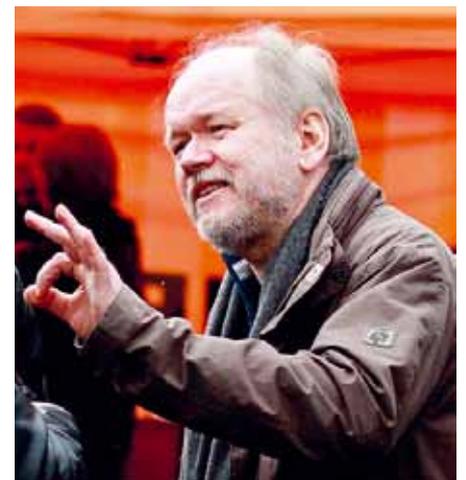
Und wenn es am Abend des Muttertags am 13. Mai 2012 nur zu einer großen Koalition reichen sollte, dann könnte es für den öffentlichen Dienst sicherlich Schlimmeres geben.

Folgerungen für die Bürgerinnen und Bürger

Leider sind die Aussichten für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie die Kolleginnen und Kollegen weniger rosig. Ein vom Landtag verabschiedeter Haushalt wird voraussichtlich erst im Herbst vorliegen. Bis dahin dürfen nur solche Ausgaben realisiert und geleistet werden, für die eine gesetzliche Verpflichtung besteht. Viele für die Menschen im Land so wichtige Projekte, für die Mittel in den Haushaltsentwurf eingestellt waren, können nun nicht umgesetzt werden. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen weiter auf die große Dienstrechtsreform warten, mit der so viele positive Strukturmaßnahmen im öffentlichen Dienst realisiert werden sollen.

Viele Kommunen sind auf die Gelder aus Düsseldorf zwingend angewiesen und sehen sich jetzt zu rigorosem Sparen gezwungen. Lediglich die Gelder aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz zahlt Nordrhein-Westfalen den Kommunen auch ohne gültigen Haushalt aus. Selbst die Gelder aus dem verabschiedeten Stärkungspakt für die 34 ärmsten NRW-Kommunen in Höhe von 415 Millionen Euro werden 2012 ausgezahlt.

Die NRW-Landesregierung zahlt den Kommunen auch ohne gültigen Haushalt die Gelder aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2012 weiter. Das Kabinett hat beschlossen, den Kommu-



NRW Ober-Pirat Dr. Joachim Paul schwimmt mit seiner Partei auf einer Erfolgswelle und kann sie sich selbst kaum erklären.

nen die geplante Erhöhung um 500 Millionen Euro in vierteljährlichen Abschlägen zu überweisen. Insgesamt sollen die Kommunen des Landes in diesem Jahr 8,4 Milliarden Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz vom Land erhalten. Die Zahlungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz stehen allerdings unter dem Vorbehalt, dass der neue Landtag das vorliegende Gesetz im Herbst abschließend berät und verabschiedet.

Nicht ausgezahlt werden kann bis zur Verabschiedung des Haushalts die so genannte „Abmilderungshilfe“ von 68 Millionen Euro an Kommunen, die 2012 besonders große finanzielle Einbußen hinnehmen mussten. Die Hilfe steht nicht im Gemeindefinanzierungsgesetz. Auch Sonderzahlungen, wie etwa die 30 Millionen Euro für Kurorte, können erst nach Verabschiedung des Etats zahlbar gemacht werden.

Wie wird Nordrhein-Westfalen abstimmen?

Bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sind es nur noch wenige Wochen. In Meinungsumfragen kommen **SPD** und **Grüne** derzeit zusammen auf eine stabile Mehrheit von mehr als 50 Prozent. Die **Piraten**, die in NRW rd. 4000 Mitglieder haben, liegen in den Umfragen stabil

über der Fünfprozenthürde. **FDP** und die **Linken** müssen um die Rückkehr in den Landtag bangen, während die **CDU** anstrebt, wieder stärkste Partei zu werden. Allen politischen Kräften im Land sollte allerdings eines klar sein: Die Zeit des hinhaltenden Taktierens wird vorbei sein müssen, wenn eine Regierung mit eigener Landtagsmehrheit installiert ist. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die **Kolleginnen und Kollegen**

des Strafvollzuges erwarten nicht mehr und nicht weniger als eine gerechte Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung.

Dieses an sich profane Ziel wird große Anstrengungen der Politik erfordern, weil zunächst die eingetretenen Reallohnverluste ausgeglichen werden müssen. **Der Öffentliche Dienst wird sich nicht länger als das „Sparschwein der Nation“ missbrauchen lassen.**



Die Kolleginnen und Kollegen erwarten von der Politik einen finanziellen Ausgleich für die in den zurückliegenden Jahren erbrachten „Sonderopfer“.

Das aktuelle Thema von Wilhelm Bokermann

Was ist los in Ihrem Ressort, Herr Minister Kutschaty?



Es war wie nach einem Bombeneinschlag. Überall standen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der 1884 als königliches Centralgefängnis errichteten JVA Bochum – eine der großen Vollzugsanstalten des geschlossenen Vollzuges in NRW – in kleinen und kleinsten Gruppen zusammen und diskutierten ziemlich erregt über die soeben erlangte Nachricht, dass das Justizministerium ihren erst seit Februar 2011 im Amt befindlichen Anstaltsleiter Friedhelm Ritter von Meißner die Führung der Dienstgeschäfte aus zwingenden dienstlichen Gründen untersagt habe. Mit einer Spontan-Demo wollten nicht wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter öffentlich gegen die nach ihrer Einschätzung unverständliche, ungerechtfertigte Behandlung „ihres Anstaltsleiters“ durch das „hohe Haus am Düsseldorfer Martin-Luther-Platz“ aufmerksam machen. Nur mühsam konnten sie unter Hinweis auf ihre dienstlichen Pflichten von diesem Vorhaben abgehalten werden. Zorn und Unverständnis blieben gleichwohl zurück – bis heute.

Drei „besondere Vorkommnisse“ – zu viele für den Justizminister!

Unter Hinweis auf den Ausbruch des Strafgefangenen H. am 15./16. Jan. 2012, dem am 29. Jan. 2012 erfolgreich verlaufenen Ausbruch des Strafgefangenen J. sowie der am 17. Febr. 2012 erfolgten Entweichung des Strafgefangenen H. aus einem öffentlichen Krankenhaus unterstellte das Justizministerium nach vorliegenden Presseberichten dem Anstaltsleiter erhebliche Fehler in vollzugsfachlicher Hinsicht und schloss diese wohl auch bei weiterer Führung der

Dienstgeschäfte nicht aus. Erschwerend komme hinzu, so ist da weiter nachzulesen, dass er – der Anstaltsleiter – nicht korrekt berichtet habe. Das wiederum habe zu Irritationen beim Vortrag des Justizministers im Rechtsausschuss geführt.

Zudem habe man sich bei der Entscheidung des Verbots der Führung der Dienstgeschäfte auf die Erkenntnisse einer Ende Januar 2012 – nach dem Ausbruch des Strafgefangenen J. – eingesetzten Expertengruppe gestützt. Von einer vorherigen Anhörung des Betroffenen nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz NRW hat das Justizministerium abgese-

hen (sic!). Und um die durch das „hohe Haus“ getroffene Entscheidung noch zu unterstreichen, soll in der Enthebungsverfügung des „Delinquenten“ **Ritter von Meißner** schließlich noch auf dessen im Jahre 1993 erfolgte Ablösung als Leiter der JVA Schwerte „zurückgegriffen“ worden sein. Letzteres schien wohl deshalb von Nöten, weil Justizminister **Thomas Kutschaty** den nunmehr geschassten Anstaltsleiter **Friedhelm Ritter von Meißner** bei dessen Amtseinführung als Leiter der JVA Bochum noch in den höchsten Tönen gelobt hatte. Gleiches hat sich übrigens noch im Januar 2012



Die Justizvollzugsanstalt Bochum war zu Beginn des Jahres 2012 der Schauplatz mehrerer Sicherheitsstörungen.

anlässlich der Amtseinführung der Leiterin der JVA Hagen zugetragen, wo **Ritter von Meißner** zuvor knapp 12 Jahre als Leiter tätig war.

Was man wissen sollte!

Über Form und Inhalt der „besonderen Vorkommnisse“ ist in den Medien ausführlichst – wenn vielleicht auch nicht immer ganz zutreffend – berichtet worden. Da ist z.B. der Ausbruch des in einer

sen, als wir erfahren haben, wie diese Fenster verankert sind“. Erst bei einer jetzt erfolgten genauen Prüfung wurde festgestellt, dass die besonders gesicherten Fenster nicht fachmännisch eingebaut worden waren, was – wie sich zwischenzeitlich herausgestellt hat – auch in 15 (!) weiteren Vollzugsanstalten des Landes der Fall war.

Der Gefangene J. hatte die Schwachstelle der Glasverleistung jedenfalls erkannt und für sich ausgenutzt. Er, der



Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) war im Rechtsausschuss bei der Erklärung der „Bochumer Ereignisse“ unter Druck geraten.

Reinigungskolonnen eingesetzten Strafgefangenen J. (poln. Staatsangehöriger) durch eines der mit Panzerglas (sic!) gesicherten Oberlicht-Fenster im Besucherbereich der Vollzugsanstalt. Ausnahmslos alle Bediensteten der Bochumer Vollzugsanstalt waren bis dahin davon ausgegangen, dass hier sowohl ein Ausbruch wie auch ein Einbruch unmöglich sei.

Auch Justizminister **Thomas Kutschaty** hat das offenbar nicht anders gesehen, als er laut DER WESTEN vom 24. Febr. 2012 erklärte: „Wir sind entsetzt gewe-



„Aus zwingenden dienstlichen Gründen geschasst“: Friedhelm Ritter von Meißner, Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalt Bochum.

nach wenigen Tagen wieder ergriffen worden ist, hat noch einen verhältnismäßig hohen Strafrest zu verbüßen und ist darüber hinaus in Polen in einen Mordfall verwickelt. Letzteres war der Anstalt seitens der Generalstaatsanwaltschaft Hamm nicht mitgeteilt worden. Gleichwohl wird dem Anstaltsleiter u. a. Organisationsversagen vorgeworfen.

Bei der Entweichung des Gefangenen H. aus einem öffentlichen Krankenhaus, in welches er mit einer stark blutenden Kopfwunde eingeliefert werden muss-

te, ist zu bemerken, dass er sich wenige Tage zuvor noch im offenen Vollzug in Ostwestfalen-Lippe befunden hat und sodann wegen des Besitzes von Rauschmitteln in die JVA Bochum als die für ihn zuständige Vollzugsanstalt verlegt worden war. Zum Zeitpunkt der Entweichung betrug sein Strafrest noch 4 (!) Wochen. Hier wird seitens des Justizministeriums u.a. eine nicht vollständige Berichterstattung moniert.

Der Anstaltsleiter ein Bauernopfer?

Selbstredend hat der suspendierte Anstaltsleiter **Friedhelm Ritter von Meißner** seine Entscheidungen verteidigt. Und hat damit wohl auch einige Nachdenklichkeit bei maßgeblichen Kräften im Justizministerium ob der von ihnen zu verantwortenden Entscheidung ausgelöst. So war denn am 28. März 2012 in der „Westdeutschen Zeitung“ u. a. zu lesen:

„...Doch angesichts der großzügigen Bedingungen, die man dem 64-jährigen Ex-JVA-Leiter für den Rest seiner Beamtenlaufbahn einräumt, kann der Verdacht aufkommen, dass es sich bei dem Vorgang um ein Bauernopfer handelt. Musste von Meißner gehen, um dem Minister Luft zu verschaffen? Und soll von Meißner für die dadurch erlittene



MdL Peter Biesenbach (CDU) ließ sich die Chance nicht entgehen, den Justizminister in Verlegenheit zu bringen.

Schmach mit einem Vertrag entschädigt werden ...?“ – In „DERWESTEN“ vom 26. März 2012 wird bereits das neue Arbeitsfeld des suspendierten Beamten u.a. wie folgt beschrieben: „...Von Meißner ...wurde bereits seit Mitte März in eine Forschungsstelle des ‚Kriminologischen Dienstes‘ in Düsseldorf abgeordnet. Auf dieser, der JVA Duisburg-Hamborn angegliederten Stelle soll von Meißner ... über ‚Evaluierung und Fortentwicklung des Einweisungsverfahrens‘ forschen. Dabei geht es um die Verteilung von

Häftlingen auf verschiedene JVAen. Als früherer Leiter der JVA Hagen, von wo aus viele Langzeithäftlinge auf andere Anstalten verteilt werden, hat von Meißner große Erfahrungen auf diesem Themengebiet. ...“

Politische Impressionen

Es drängt sich der Eindruck auf, dass die im Rahmen der Aufarbeitung der „besonderen Vorkommnisse“ erfolgte Berichterstattung der Vollzugsanstalt von der zuständigen Fachabteilung im Justizministerium regelrecht seziiert worden ist. Dass bei der Abfassung der wesentlichen Berichte der JVA Bochum auch ein Mitarbeiter des Justizministeriums zugegen gewesen sein soll, hat allerdings kaum Erwähnung gefunden.

Infolge des entfachten Medienrummels ging es bei der Überprüfung der Ereignisse dann wohl weniger um eine Hilfestellung für die betroffene Vollzugsanstalt und deren Leiter, sondern vielmehr darum, den u.a. im parlamentarischen Raum in Erklärungsnot geratenen Justizminister aus der Schusslinie zu bringen, der sich bei seinen Auftritten im Rechtsausschuss nicht gerade als „Vormann“ der von ihm zu vertretenden Strafvollzugsangehörigen erwiesen hat. Das die – jetzt geschäftsführende – Ministerpräsidentin



MdB Dr. Robert Orth (FDP) forderte sehr früh die Suspendierung des Bochumer Anstaltsleiters. Bestanden Verbindungen zur SPD?

über Art und Umfang der Presseberichte in Sachen „JVA Bochum und deren geschasstem Anstaltsleiter“ nicht gerade „amused“ gewesen sein soll, sei nur am Rande bemerkt.

Natürlich war zu erwarten, dass sich die Opposition der Vorkommnisse „annehmen“ würde. Da ist der von **MdB Peter Biesenbach (CDU)** geprägte Satz: „Dieses Gefängnis ist löchrig wie ein Schweizer Käse!“ Dies war sicherlich publikumswirksam formuliert, aber dem Ansehen des Strafvollzuges allerdings nicht sonder-



Die Justizvollzugsanstalt Bochum ist in die Jahre gekommen und baulich nicht mehr auf einem aktuellen Stand. Der Sicherheitsstandard der Anstalt sollte grundlegend verbessert werden.

lich zuträglich. Die CDU-Fraktion wird bei ihrem Vorgehen sicherlich von dem wenig qualifizierten Umgang von SPD-Funktionsträgern mit der seinerzeitigen Justizministerin **Müller-Piepenkötter (CDU)** inspiriert worden sein, als diese die Ereignisse in Siegburg (Ermordung eines Gefangenen durch Mitgefangene), in Aachen (Ausbruch zweier hochkarätiger Verbrecher mit Unterstützung eines Strafvollzugsangehörigen) und in Münster (Ausbruch zweier Straftäter) im Par-



Uwe Nelle-Cornelsen, Leiter der JVA Bielefeld-Senne, soll das „Bochumer Vollzugsschiff“ wieder auf Kurs bringen.

lament zu vertreten hatte. Die vormalige Ministerin hat sich dieser unangenehmen Pflicht gestellt und dabei im Unterschied zu ihrem Amtsnachfolger von der SPD der Versuchung widerstanden, sich hinter den jeweiligen Anstaltsleiterinnen bzw. -leitern zu verstecken.

Einen etwas faden Beigeschmack hat bei vielen Beschäftigten des Vollzuges auch das – vielleicht rein zufällige – zeitliche Zusammentreffen des Verbots der Führung der Dienstgeschäfte durch das Justizministerium mit der Forderung

nach Ablösung des Anstaltsleiters durch den der FDP-Fraktion angehörenden Abgeordneten **Dr. Robert Orth**, der zugleich Vorsitzender des Rechtsausschusses des nunmehr aufgelösten Landtages war, ausgelöst. Wurde hier vielleicht „über Bande“ gespielt?

Zwischenbilanz

Auf der Strecke geblieben ist sowohl bei vielen Behördenleitern als auch bei den ihnen nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Vertrauen in die politische Spitze des Strafvollzuges. Die der Praxis nach den Vorkommnissen zugeleiteten Erlasse haben besonders die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie des Werkdienstes, die die Hauptlast des Vollzuges zu schultern haben, stark verunsichert. Diese stellen sich berechtigterweise die Frage, ob im Falle eines besonderen Vorkommnisses in ihrer Einrichtung mit ihrem Anstaltsleiter/ihrer Anstaltsleiterin genauso umgegangen wird und ob auf jeden Fall ein Schuldiger gefunden werden muss?

Der neue Mann an der Spitze der JVA Bochum

Durch den nunmehr an die JVA Bochum abgeordneten Leiter der JVA Bielefeld-Senne, **Uwe Nelle-Cornelsen**, ist dort bis auf weiteres ein Mann in der Leitungsfunktion tätig, der für Ruhe und Klarheit sorgt und die verunsicherte Bochumer Vollzugsmannschaft wieder geschlossen erscheinen lässt. Er spricht eine klare Sprache und nennt die Dinge beim Namen. So soll ihm seine in der Presse nachzulesende Kritik am baulichen Zustand der JVA Bochum dem Vernehmen

nach bereits eine „Einladung“ ins Justizministerium beschert haben. Das wird den neuen Mann aber kaum davon abhalten, auch künftig jene Probleme anzusprechen, die behoben werden müssen, wenn der Sicherheitsstandard der Anstalt grundlegend verbessert werden soll.

Fehlen der Mittelinstanz(en)

Viele Vollzugspraktiker beklagen heute mehr denn je **das Fehlen der über Jahrzehnte hinweg vorhanden gewesenen vollzuglichen Mittelinstanzen**, die in den Bezirken Westfalen-Lippe und Rheinland – und zuletzt als Landesjustizvollzugsamt in Wuppertal – **den Praktikern vor Ort einstmals beratend und helfend zur Seite standen.**

Diese Mittelbehörden waren zugleich eine Art Prellbock, die bei besonderen Vorkommnissen dafür sorgten, dass nicht jede Sicherheitsstörung in einer Vollzugseinrichtung kontrovers politisch aufgearbeitet wurde. Der jeweilige Minister war geschützt, weil nicht jedes Ereignis auf seinen Schreibtisch durchschlug. Der Strafvollzug war geschützt vor kurzatmigen Eingriffen der Tagespolitik in die Vollzugspraxis.



Das Fehlen einer Mittelinstanz ist im nordrhein-westfälischen Strafvollzug schmerzhaft spürbar.



BSBD-Karikatur: Thomas Möbis

Diese Mittelbehörden ließen seinerzeit übrigens auch Leistungsvergleiche (!) zu und sie leisteten gute Arbeit bei der Entwicklung neuer Sicherheitsstandards und alternativer Behandlungsangebote. Diese für ein Flächenland wie Nordrhein-Westfalen so wirkungsvolle Mittelinstanz wurde einer ideologisierten „Rotstiftpolitik“ geopfert. Sowohl Rot-Grün als auch Schwarz-Gelb gaben dem Zeitgeist des Neoliberalismus nach und liquidierten eine überaus effiziente Behördenstruktur. An warnenden und nicht gerade leise vorgetragenen Hinweisen an die Adresse der jeweiligen politischen Verantwortungsträger hat es seitens der *Gewerkschaft Strafvollzug* wahrlich nicht gefehlt! Und zwischenzeitlich dürfte es auch dem letzten politischen Verantwortungsträger dämmern, dass diese Warnungen nicht unbegründet waren.

Fazit

Der geschäftsführende Justizminister **Thomas Kutschaty** wird dem Vernehmen nach in einer neuen Landesregierung wohl keinen Einfluss mehr auf die Gestaltung und Führung des Vollzuges nehmen wollen, jedenfalls nicht als Justizminister. **Umso mehr bleiben die Mitglieder des in Kürze neu zu wählenden Landtages NRW aufgefordert, sich im besonderen Masse der Gewährleistung der Inneren Sicherheit – und damit auch der personellen Ausstattung sowie der Gestaltung des Vollzuges – intensiv zuzuwenden, damit sich so zweifelhafte „Problemlösungen“, wie jüngst im Falle der JVA Bochum geschehen, im Interesse der Kolleginnen und Kollegen, aber auch im Interesse des Strafvollzuges nicht wiederholen!**

Heute schon gelacht?

Streber und Dummkopf

Ein Streber und ein Dummkopf haben eine mündliche Prüfung. Der Streber geht zuerst in den Prüfungsraum. Dort fragt ihn der Lehrer: „Wann war der 2. Weltkrieg?“ „1939-1945“, sagt der Streber. Lehrer: „Richtig! Wer hat die chinesische Mauer gebaut?“ Streber: „Ying hat angefangen und Yang hat aufgehört.“ Lehrer: „Richtig! Gibt es Außerirdische?“ Streber: „Man vermutet es, kann es aber nicht beweisen.“ Lehrer: „Richtig!“ Der Streber geht raus und sagt dem Dummkopf die Lösungen. Dann betritt dieser den Prüfungsraum.

Lehrer: „Wann hast du Geburtstag?“ Dummkopf: „1939-1945“. Lehrer: „Wer ist dein Vater?“ Dummkopf: „Ying hat angefangen, Yang hat aufgehört.“ Lehrer: „Hältst du mich eigentlich für blödl?“ Dummkopf: „Man vermutet es, kann es aber nicht beweisen.“

Erklärung

Was ist „ein Walter-Borjans“? – Ein Loch zwischen zwei Haushalten!

Finanzrisiko

Kommt eine ältere Dame in eine Bank, und will dort ein Sparbuch eröffnen und 1000 Euro einzahlen. Dame: „Ist mein Geld bei Ihnen auch sicher?“ Kassierer: „Klar doch!“ – „Und was ist, wenn Sie pleite machen?“ – „Dann kommt die Landeszentralbank auf!“ – „Und was, wenn die pleite machen?“ – „Dann kommt die Bundesbank auf!“ – „Und wenn die pleite macht?“ – „Dann tritt die Bundesregierung zurück, und das sollte Ihnen nun wirklich die 1000 Euro wert sein!“

Betrunken

Alfred: „Ich war gestern gar nicht besoffen!“ Bernhard: „Und ob, Alter, du hast deine Freundin gefragt, ob sie Single ist!“ Alfred: „Echt? - Ist ja geil, und was hat sie gesagt?“ Bernhard: „Jetzt schon!“

Ortsverband Bochum

Rainer Fregonese wurde als Vorsitzender bestätigt

In der Bochumer Traditionsgaststätte „Haus Frein“ fand am 22. März 2012 die Jahreshauptversammlung des OV Bochum statt. Zwei wichtige Tagesordnungspunkte standen im Fokus der Beratungen. Die Neuwahl des OV-Vorstandes und die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die am 14. Juni 2012 stattfindenden Personalratswahlen. Neben den anwesenden Mitgliedern konnte der OV-Vorsitzende, Rainer Fregonese, als Gäste den BSBD-Landesvorsitzenden Peter Brock sowie den BSBD-Bezirkssprecher Detlef Börner begrüßen.

Zu Beginn der Versammlung erfolgte eine **Mitgliederehrung**. So wurden für 50-jährige Mitgliedschaft im BSBD der Koll. **Lothar Romberg** und für 25-jährige Mitgliedschaft die Kolleginnen und Kollegen **Gerd Peters, Andreas Lorenscheid, Christian Breuer, Jörg Breuer, Bernhard Freitag, Gudrun Kallwitz-Schäkel, Holger Kothe, Wolfgang Kühnel, Harald Plasger, Frank Ladermann** und **Volker Reichert** ausgezeichnet.

Rainer Fregonese dankte allen Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für ihre Treue zur **Gewerkschaft Strafvollzug**. Er verband diesen Dank mit dem Hinweis, den Kollegen **Romberg** als

jüngere Hände legen, so die Erklärung der beiden vertrauten Mitstreiter. Beide Kollegen bleiben indes der Arbeit für den BSBD als Beisitzer im Landesvorstand bzw. als Fachschaftsvertreter im Ortsverband verbunden, was für den OV Bochum von nicht geringer Bedeutung ist. Auch die weiteren Vorstandsmitglieder **Monika Skiba, Michaela Hähnel, Rebecca Hesse, Manfred Claus** sowie **Johanna Schmidt**, und **Heike Ziaja** standen aus unterschiedlichen Gründen für eine neue Mandatsübernahme nicht mehr zur Verfügung. Wobei die beiden letztgenannten Kolleginnen als Fachschaftsvertreterin des AVD bzw. als stellvertretende Bezirksjugendsprecherin

der langjährige, über die Landesgrenzen hinaus bekannte Gewerkschafter weiterhin der Kopf einer neuen, hochmotivierten BSBD-Mannschaft, die sich wie folgt zusammensetzt:

- OV-Vorsitzender **Rainer Fregonese**
 1. OV-Stellvertr. **Wolfgang Passmann**
 2. OV-Stellvertr. **Markus Dahlbeck**
 1. Kassierer **Ralf Keil**
 1. Schriftführer **Markus Bloch**
 2. Kassierer **Martin Hakkenbrock**
 2. Schriftführerin **Jessica Lipczak**

Fachschaft

- Gehobener
 Verwaltungsdienst **Stephanie Gailat**
 Werkdienst **Reimund Panitz**
 Sozialdienst **Eva Rehfeuter**
 Mittlerer
 Verwaltungsdienst **Stephan Wirtz**
 Vertreterin für
 Frauenfragen **Kerstin Klein**
 Jugendvertreter **Dominik Henke**
 Psychologischer
 Dienst **Elke Roos**
 Pensionärs-
 vertreter **Klaus Stephan**

Im Anschluss fand die Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden **Personalratswahlen** statt, die folgende Ergebnisse erbrachten:

Gruppe der Beamten

Wolfgang Passmann, Markus Bloch, Johanna Schmidt, Jessica Lipczak, Monika Skiba, Marco Rütter, Heinz Krugmann, Timo Sauer, Dominik Henke, Jens Schulte, Alexander Heßelmann, Geneviève Beyer, Rebecca Hesse, Sebastian Freund, Mandy Knüppel und **Jens Helmboldt**.

Gruppe der Beschäftigten

Markus Dahlbeck, Heike Ziaja, Martin Hakkenbrock, Ralf Keil und **Eva Rehfeuter**.

Kollege **Peter Brock** nutzte die Gelegenheit, den anwesenden Kolleginnen und Kollegen nicht nur die Grüße und Glückwünsche des BSBD-NRW zu überbringen, sondern um insbesondere auf die Bedeutung der ins Haus stehenden **Personalratswahlen am 14. Juni 2012** für alle Beschäftigten des Vollzuges hinzuweisen.

„Wir wollen Eure Interessen auf allen Ebenen – sei es nun im Justizministerium oder im Landtag – weiterhin kompetent, engagiert und vor allem erfolgreich vertreten. Wir kämpfen für die Einführung eines neuen Dienstrechts. Es ist ein Anachronismus sondergleichen, wenn im



Die JVA Bochum ist in den zurückliegenden Wochen zur Zielscheibe des öffentlichen Interesses geworden. Etliche Teilnehmer erklärten hierzu: „Wenn wir schon einen angemessenen und sachgerechten Umgang der Medien mit Sicherheitsstörungen nicht durchsetzen können, dann erwarten wir aber doch einen fairen Umgang des Justizministeriums mit diesen Vorkommnissen“.

Vorbild für gewerkschaftliches Engagement zu sehen. „Ohne die starke Klammer BSBD werden wir zum Spielball von Dienstherrn- und Arbeitgeberinteressen“, lautet das Credo des Bochumer BSBD-Vormannes.

Als dann stand die Neuwahl des OV-Vorstandes auf der Agenda. Es zeichnete sich insofern ein Umbruch ab, als die langjährigen Vertreter des Ortsverbandsvorsitzenden, die Kollegen **Wolfgang Sonnenschein** und **Raimund Panitz**, für die Übernahme eines neuen Mandats nicht mehr zur Verfügung standen. Sie wollten ihre bisherige Vorstandsarbeit in

im Landesausschuss für Gewerkschaftsarbeit weiterhin tätig sind. Außerdem ist der OV-Bochum noch mit der Kollegin **Daniela Send** (Vertreterin für Frauenfragen), Pfarrer **Adrian Tillmanns** (Evgl. Seelsorge) in den Fachschaften im Landesausschuss und **Rainer Fregonese** als Beisitzer im BSBD-Landesvorstand vertreten.

Neuwahl des Ortsverbandsvorsitzenden

Als OV-Vorsitzender wurde Koll. **Rainer Fregonese** im Amt bestätigt. Damit ist

bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland z.B. noch immer ein veraltetes Beamtenversorgungsgesetz des Bundes nach dem Stand von 2006 zur Anwendung gelangt. Das wollen und müssen wir ändern. Wobei der Politik von vornherein bewusst sein sollte, dass sich Verschlechterungen gegenüber dem Ist-Zustand nicht durchsetzen lassen werden. „Wenn die Politiker solche Zielsetzungen verfolgen sollten, dann, so garantieren wir, werden aus Beamten ‚Wutbeamte‘!“, stellte **Peter Brock** klar.

„Um der Politik wirkungsvoll entgegenzutreten zu können, brauchen wir aber Eure Stimme bei den am 14. Juni 2012 anstehenden Personalratswahlen, und zwar auf beiden Ebenen. Wer privat oder dienstlich verhindert ist, sollte von der **Briefwahlmöglichkeit** Gebrauch machen. Es darf keine Stimme verloren gehen! Sagt es bitte auch all den Kolleginnen und Kollegen, die heute Abend nicht hier sein können!“ Der Bezirkssprecher **Detlef Börner** überbrachte die Grüße und Glückwünsche des **BSBD**-Bezirks Mitte und thematisierte u. a. nochmals das leidige Thema „Einführung einer neuen Dienstkleidung“. Er unterstrich zudem die Wichtigkeit der einzelnen Bezirke im



Von links: Andreas Lorenscheidt, BSBD-Chef Peter Brock, OV-Vorsitzender Rainer Fregonese und Gerhard Peters. Die beiden Jubilare wurden mit Urkunde und Präsent für ihre 25-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit geehrt.

Landesverband und stellte auch die zum Teil kritische Meinungsbildung in den einzelnen Gremien durch die Vertreter des OV Bochum heraus.

Kollege **Rainer Fregonese** sicherte zu, dass der OV Bochum alles in seinen Kräften stehende unternimmt, um die Personalratswahlen für den **BSBD** wieder

zu einem Erfolg werden zu lassen. Zugleich bedankte er sich bei dem Kollegen **Peter Brock** und dem Kollegen **Detlef Börner** dafür, dass der **BSBD**-Landesverband den OV Bochum in der jetzt gerade schwierigen Zeit als Folge des unfreiwilligen Behördenleiterwechsels nicht allein gelassen habe.

Großer Vertrauensbeweis für den BSBD:

Personalratswahl bei der JVA Wuppertal-Ronsdorf deutlich gewonnen

Nachdem die Aufgaben des Ortpersonalrates bislang durch den Hauptpersonalrat Strafvollzug wahrgenommen worden sind, hatten die Wuppertaler Kolleginnen und Kollegen am 29. März 2012 erstmals Gelegenheit, ein eigenes Mitbestimmungsgremium zu wählen. Von den sieben zu vergebenden Mandaten entfielen sechs auf die Listen des **BSBD** (fünf Beamtensitze und ein Beschäftigtensitz), während die gewerkschaftliche Konkurrenz von **Ver.di** lediglich einen Beamtensitz ergattern konnte. Gänzlich leer ging eine Freie Liste aus, die dem Vernehmen nach in der Gunst der Anstaltsleitung stehen soll.

Mit diesem glanzvollen Sieg, den der **BSBD** den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu verdanken hat, konnte die **Gewerkschaft Strafvollzug** ihre Rolle als führende Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten bestätigen. Durch eine abschließliche an der Sache orientierte Aufgabenwahrnehmung wollen die **BSBD**-Vertreter auch all jene Kolleginnen und Kollegen überzeugen, die sich anlässlich der Wahl noch nicht für die **BSBD**-Listen ausgesprochen haben.

Die Mandatsträger sehen ihre Aufgabe darin, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu bündeln, unterschiedliche Auffassungen und Meinungsgegensätze miteinander zu versöhnen und möglichst tragfähige Kompromisse zu entwickeln, damit jeweils ein gerechter Interessenausgleich in Verhandlungen mit der Leitung der JVA Wuppertal-Ronsdorf erzielt wer-

den kann. Das Personalvertretungsrecht geht von einer Beteiligung an den Entscheidungsprozessen auf Augenhöhe aus. Folglich kann es nur um Interessenaus-



Die JVA Wuppertal-Ronsdorf ist seit Beginn des Jahres voll ausgelastet. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich jetzt einen engagierten, kompetenten Personalrat gewählt.

gleich und nicht um das „Abnicken“ von Vorlagen der Behördenleitung gehen.

Zwischenzeitlich hat die konstituierende Sitzung des Mitbestimmungsgremiums stattgefunden. Zum Personalratsvorsitzenden wurde **Stephan Rinow** (**BSBD**), zu seinen Stellvertretern wurden **Patrick Thiel** und **Uwe Stamm** (beide **BSBD**) gewählt. Die **BSBD**-Mannschaft im Personalrat wird durch **Bernd Baur**, **Simone Rinow** und **Norbert Reidenbach** komplettiert.

Der **BSBD** dankt allen seinen Wählerinnen und Wählern für den großen Vertrauensbeweis, der für die **BSBD**-Mandats-träger Verpflichtung und Ansporn zugleich ist.

Auch wenn der Personalrat überwiegend für die Wahrnehmung von Kollektivinteressen zuständig ist, so werden die Mandats-träger des **BSBD** den einzelnen Kolleginnen und Kollegen auch als hilfreiche Wegbegleiter und Ratgeber zur Verfügung stehen.

Reale Einkommensverbesserung wurde erreicht

Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber einigen sich in letzter Minute

Potsdam. Es ist bereits lange Übung und Tradition, dass vor dem Tarifkompromiss ein Verhandlungsmarathon zu stehen hat. Die Verhandlungspartner wollen sicherlich auch auf diese Weise deutlich machen, alle Ressourcen genutzt zu haben, um ein optimales Ergebnis zu erzielen. Insgesamt sollen die Tabellenentgelte in drei Schritten um insgesamt 6,3 Prozent angehoben werden. Das ist zwar kein Befreiungsschlag zur Kompensation der Einkommenseinbußen der zurückliegenden Jahre, macht aber aller Voraussicht nach die zu erwartende Teuerungsrate mehr als wett und führt erstmals wieder zu realen Einkommensverbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen.

Das Ergebnis im Detail

■ Lineare Einkommensverbesserung

Der gefundene Kompromiss erbringt linear eine Einkommensverbesserung von 6,3 Prozent.

Tabellenwirksam werden ab August 2013 sogar 6,42 Prozent. Die Erhöhung staffelt sich bei einer Laufzeit von 24 Monaten folgendermaßen:

- 3,5 Prozent ab dem 1. März 2012,
- 1,4 Prozent ab dem 1. Januar 2013 und weitere
- 1,4 Prozent ab dem 1. August 2013.

■ Urlaubsregelung

Nach dem BAG-Urteil zur Altersstaffelung des Urlaubs haben die Arbeitgeber hier Verhandlungsbedarf geltend gemacht. Die Gewerkschaften haben sich mit Bund und Kommunen darauf geei-

BSBD-Chef Peter Brock ist sich in einer ersten Bewertung sicher, dass ein akzeptabler Kompromiss gefunden worden ist, der jetzt den Gewerkschaftsmitgliedern zur Annahme vorgelegt wird. „Nach den vielen finanziellen Zumutungen der Vergangenheit haben die Warnstreiks der letzten Wochen den Arbeitgebern die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen deutlich gemacht. **Der jetzt für den Bund und die Kommunen gefundene Tarifabschluss gibt die Marschrichtung auch für die Länder vor**“.

Ergebnis ist für öffentliche Arbeitgeber tragbar

Das jetzt erzielte Ergebnis ist für die öffentlichen Arbeitgeber finanziell auch zu schultern, wenn man einmal von völlig

eine signifikante Abnahme der Arbeitslosigkeit führen dazu, dass sich die Finanzminister über erheblich steigende Steuereinnahmen freuen können. Dabei räumen die Fachpolitiker ein, dass dem Bürger quasi unbeabsichtigt in die Tasche gegriffen wird.

Das **Kieler Institut für Weltwirtschaft** hat diesen Effekt einmal berechnet. Im laufenden Jahr wird der Staat durch die „kalte Progression“ Mehreinnahmen von rd. 13 Mrd. Euro erzielen. Im kommenden Jahr sind rund 19,5 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuern zu erwarten, während Finanzminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) im Jahr 2014 mit rund 25,5 Mrd. Euro rechnen darf.

Für die Betroffenen sind diese automatischen Steuererhöhungen weniger lustig. Wenn es „ganz dicke“ kommt, kann ein Arbeitnehmer unter Berücksichtigung der Inflation nach einer Gehaltserhöhung mitunter sogar weniger Geld in der Tasche haben. Wegen dieses **systemischen Fehlers** im Steuersystem wird sich ein Teil des jetzt erreichten Tarifabschlusses durch den progressiv ansteigenden Steuertarif quasi von selbst tragen. Weil dies so ist, musste auch ein Tarifabschluss, der deutlich oberhalb der Teuerungsrate liegt erkämpft werden.

Tarifabschluss ist Messlatte für Bund Kommunen und Länder

„Ein abweichender Tarifabschluss mit geringeren Einkommensverbesserungen wäre den Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen nicht zu vermitteln; er kann folglich auch nicht in Betracht kommen“, machte **Brock** die Marschrichtung für die anstehenden Verhandlungen klar. **Deutliche Worte der Mahnung richtete der Gewerkschafter an die Adresse der Landesregierung:** „Richten Sie Ihre Haushalte auf die sich abzeichnenden höheren Personalausgaben aus. Auch die Beamten und Versorgungsempfänger verlangen die ihnen zustehende Beteiligung an der allgemeinen Einkommensentwicklung. Lassen Sie Vertrauen wachsen und schaffen Sie ein



Die Verhandlungsführer Frank Stöhr dbb tarifunion, und Frank Bsirske, ver.di, zeigten sich zufrieden mit dem durchgesetzten Tarifabschluss.

nigt, dass für Beschäftigte, die bis spätestens 31. Dezember 2012 das 40. Lebensjahr vollendet haben, ein Besitzstand bei der Anzahl der Urlaubstage gilt. Ansonsten gilt zukünftig folgende Regelung: 27 Urlaubstage für Azubis/Praktikanten, 29 Tage für alle bis zur Vollendung des 55. Lebensjahres und ab Vollendung des 55. Lebensjahres 30 Tage (bei einer Fünftagewoche). Außerdem erhalten Azubis in der Pflege, die im Schichtdienst arbeiten, ab dem zweiten Ausbildungsjahr einen Tag Zusatzurlaub.

überschuldeten Städten und Gemeinden absieht. Hier muss eine Regelung gefunden werden, die nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird. Es kann nicht sein, wie es oftmals bei den Potsdamer Verhandlungen den Anschein hatte, dass das schwächste Glied in der Kette die Bedingungen für das Tarifergebnis vorgibt.

Zudem führt die „kalte Progression“ dazu, dass der Staat in den kommenden Jahren zusätzliche Steuereinnahmen erzielen wird. Gestiegene Gehälter und

Stück Gerechtigkeit!“ **Brock** plädierte zudem für einen effektiven, schlagkräftigen Staat, der nur mit hoch qualifiziertem Personal gestaltbar sei. Allein die Demographie zwingt dazu, in der Konkurrenz zur Privatwirtschaft faire, attraktive Gehälter zu zahlen, um im Kampf um die besten Köpfe nicht von vornherein chancenlos zu sein. „Es bleibt zu hoffen, dass die sich in der zweiten Jahreshälfte konstituierende neue Landesregierung bei den Tarifverhandlungen nicht auf Konfrontation, sondern auf Konsens setzt. Die öffentlich Beschäftigten haben ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung in überproportionaler Weise erbracht. Jetzt müssen auch einmal die starken Schultern den ihnen zuzumutenden Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten“, so der **BSBD**-Vormann



Die zahlreichen Warnstreiks der Kolleginnen und Kollegen konnten die öffentlichen Arbeitgeber letztlich von ihrer Kampfbereitschaft und Entschlossenheit überzeugen.

Beschleunigte Umstellung vorgesehen

Kritik an der Einführung einer neuen Dienstkleidung zeigt Wirkung

Auf die berechtigte Kritik der *Gewerkschaft Strafvollzug* und der Betroffenen hat das Justizministerium reagiert. Nunmehr ist eine deutliche Beschleunigung der Umstellung von der grünen auf die blaue Dienstkleidung vorgesehen. Es wird zudem eine Vorschussregelung für alle Kolleginnen und Kollegen geben und nicht nur für die Nachwuchskräfte der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs und des Werkdienstes. Die Überleitungsphase soll zudem deutlich verkürzt werden. Während der eingeräumten Übergangsfrist wird es ein Nebeneinander von grüner und blauer Dienstkleidung geben, so dass sichergestellt ist, dass beschaffte Kleidung auch aufgetragen werden kann.

Das neue Tempo bei der Umstellung der Dienstkleidung wird durch den Verzicht auf die angedachte virtuelle Kleiderkammer erreicht, so dass auch das langwierige europaweite Ausschreibungsverfahren entbehrlich wird. Hierdurch soll verhindert werden, dass Dienst- und Privatkleidung gemischt getragen werden müssen.

Die bisherigen Lieferanten sollen im Rahmen eines Zulassungsverfahrens verpflichtet werden, nur solche Dienstkleidungsstücke anzubieten, die in Form, Farbe und Qualität uneingeschränkt vergleichbar sind. Dies wird dadurch

erreicht, dass die technischen Leistungsbeschreibungen für die Polizeiuniform erfüllt werden müssen. Gegenüber dem derzeitigen Zustand dürfte dies zu einer ganz wesentlichen Verbesserung führen. Das Justizministerium wird in periodischen zeitlichen Abständen Qualitätsüberprüfungen vornehmen.

Was die Finanzierung betrifft, hat sich das Justizministerium bereit erklärt, eine **Vorschussregelung für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen vorzusehen, und zwar in einer Höhe von 500 €**. Da die Grundausrüstung Aufwendungen in

Höhe von rund 800 € verursachen wird, verbleibt für diejenigen, die sehr schnell auf die blaue Kleidung wechseln wollen, ein Eigenanteil. Auf **Intervention des BSBD** hat das Justizministerium deshalb Bereitschaft signalisiert, den Vorschussbetrag nochmals aufstocken zu wollen, wenn zum Ende des Haushaltsjahres abzusehen ist, dass ein solches Vorgehen finanzierbar erscheint.

Ansonsten müssen die Kolleginnen und Kollegen die monatlich zur Auszahlung gelangenden Dienstkleidungszuschüsse bis zum Jahresende ansparen. Dann dürfte die Finanzierung der Grundausrüstung möglich sein, zumal die Dienstkleidung auch erst ab Herbst 2012 zur Verfügung stehen dürfte. Nach der Auflösung des Landtags und dem gegenwärtig haushaltslosen Zustand besteht durchaus die Chance, dass am Jahresende erhebliche Ausgabereserve zur Verfügung stehen, die dann für eine großzügigere Vorschussregelung genutzt werden könnten.

Unabhängig von der jetzt gefundenen Regelung, die der **BSBD** als Übergangsregelung ansieht, die aber auf jeden Fall geeignet ist, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen in einem vertretbaren Zeitrahmen mit einer funktionalen, qualitativ und optisch ansprechenden Dienstkleidung auszustatten, ist der **BSBD** weiter engagiert, eine **Gesetzesänderung** in der Weise zu initiieren, dass Dienstkleidung **analog zu den Regelungen** der Polizei künftig unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Dem Vernehmen nach wird diese gewerkschaftliche Position nunmehr auch durch das Justizministerium NRW unterstützt.



Hat bald ausgedient: Die grüne Dienstkleidung!

Heute schon gelacht?

Die schlaue Blondine

Eine elegante Blondine aus Düsseldorf betritt eine Privatbank in Frankfurt und bittet um einen Kredit von 5.000 € für eine zweiwöchige USA-Reise.

„Okay“, sagt der Banker, „wie steht es mit den Sicherheiten?“

„Kein Problem, draußen steht mein neuer Aston-Martin“, antwortet die Blondine. Nach zwei Wochen kehrt sie zurück, bezahlt ihre Schuld und 25,35 € Zinsen.

„Hören Sie“, meint der Banker, „wir haben herausgefunden, dass Sie Multimillionärin sind. Warum benötigen Sie für eine USA-Reise einen Kredit?“

„Junger Mann“, antwortet die Blondine, „Sie müssen noch viel lernen! Wo sonst in Frankfurt kann man ein 200 000 Euro teures Auto zwei Wochen lang völlig sicher für 25,35 € parken?“

Kartoffeln pflanzen

Ein alter Araber lebt seit mehr als 40 Jahren in Chicago. Er würde gerne in seinem Garten Kartoffeln pflanzen. Da er allein und schwach ist, schreibt er seinem Sohn, der in Paris studiert, eine E-Mail. „Lieber Ahmed, ich bin sehr traurig, weil ich in meinem Garten keine Kartoffeln pflanzen kann. Ich bin sicher, wenn Du hier wärst, könntest Du mir helfen und den Garten umgraben. Dein Vater.“ Prompt erhält der alte Mann eine E-Mail seines Sohnes: „Lieber Vater, bitte rühre auf keinen Fall irgend etwas im Garten an. Dort habe ich nämlich ‚die Sache‘ versteckt. Dein Sohn Ahmed.“ Keine sechs Stunden später umstellen die US-Army, das FBI und die CIA das Haus des alten Mannes. Sie nehmen den Garten Scholle für Scholle auseinander, suchen jeden Millimeter ab, finden aber nichts. Enttäuscht ziehen sie wieder ab. Am selben Tag erhält der alte Mann wieder eine E-Mail von seinem Sohn: „Lieber Vater, ich nehme an, dass der Garten jetzt komplett umgegraben ist und du Kartoffeln pflanzen kannst. Mehr konnte ich auf die Schnelle nicht für Dich tun. In Liebe, Ahmed“.

Strafvollzug: Kompetenzzentrum für Fehler aller Art?

Politische Wechselbäder, wie sie in den letzten Wochen zu beobachten waren, tragen zur Verunsicherung bei

Ende März meldeten sich die CDU-Politiker Biesenbach und Giebels zu Wort und nahmen Justizminister Kutschaty und damit den Justizvollzug dafür in Haftung, dass am vierten März-Weekend ein Untersuchungshäftling auf dem Weg vom Polizeigewahrsam in die zuständige JVA Köln den begleitenden Polizeikräften entwischt war. Was war geschehen? Nach der Verkündung des Haftbefehls sollte ein 32jähriger Mann durch die Polizei in die JVA Köln transportiert werden. Bei dem Transport trat er gegen die Tür seiner Zelle, diese sprang auf. Danach gelang es dem Untersuchungshäftling auch die Schiebetür des Transporters zu öffnen, so dass er aus dem fahrenden Polizeifahrzeug springen konnte. Die Vollzugseinrichtung erreichte der Untersuchungshäftling folglich erst gar nicht.



Aus solch einem Polizeifahrzeug gelang einem Untersuchungshäftling die Flucht, als er sich noch im Zuständigkeitsbereich der Kölner Polizei befand.

Zu Beginn des Monats hatte sich bereits Vergleichbares zugetragen. Ein an das Dortmunder Gericht übergebener Gefangener konnte fliehen, als er sich schon nicht mehr im Zuständigkeitsbereich des Strafvollzuges befand. Auch hier hatten die Medien den Strafvollzug schnell als Schuldigen ausgemacht. Als

einen weiteren Beleg für das wachsende Sicherheitsrisiko im Strafvollzug wurde zudem die Flucht eines Gefangenen der JVA Schwerte angeführt. Dabei nutzte der Gefangene einen begleiteten, aber unbewachten Ausgang, um sich der weiteren Strafvollstreckung zu entziehen. Aus dem umwehrten Anstaltsbereich ist

hingegen kein Gefangener entwichen oder ausgebrochen. Bei einer Nichtrückkehr vom Ausgang handelt es sich um ein dem Vollzug immanentes Risiko, das gesellschaftlich akzeptiert werden muss, wenn die Behandlungsorientierung des Strafvollzuges nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden soll.

Aus Sicht des **BSBD** sind politische Auseinandersetzungen über die jeweils besten Alternativen das Salz in der Suppe der Demokratie. Wenn jedoch Sachverhalte erst zurechtgebogen werden müssen, um als halbwegs glaubhaftes Argument für das Angestrebte herhalten zu können, dann wird eine Grenze überschritten, die im Interesse eines fairen Meinungsstreites beachtet werden sollte.

Strafvollzug ist auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Politische Wechselbäder, wie sie in den letzten Wochen zu beobachten waren, tragen die Verunsicherung bis in den letzten Dienstbereich der Vollzugseinrichtungen. Diese Verunsicherung ist folglich kontraproduktiv für die Gestaltung eines auf effektive Behandlung angelegten Vollzuges.

Wenn der Strafvollzug künftig als Kompetenzzentrum für Fehler aller Art herhalten soll, dann muss auf jeden Fall das monatliche „Schmerzengeld“ stimmen.

Mit dem Gehalt eines Beamten des mittleren Dienstes ist es dann nicht getan, da müsste mindestens die Bezahlung der Polizeibeamten her, für deren Pannen der Strafvollzug jetzt offenbar den Kopf hinhalten soll. Also, liebe Politiker, vor der prononcierten, zugespitzten Meinungsäußerung kann eine solide Recherche nicht schaden!!

Gefängnisanlage besichtigt

Altbundespräsident Horst Köhler besucht JVA Münster

Besonders prominenten Besuch erhielt die JVA Münster am 17. März 2012. Altbundespräsident Horst Köhler und seine Gemahlin beglichen eine „Besuchsschuld“ aus dem Jahre 2007. Damals hatte Anstaltsleiterin Maria Look den amtierenden Bundespräsidenten aus Anlass der Auszeichnung der Münsteraner Gefangenenbücherei als „Bibliothek des Jahres“ eingeladen. Aus Termingründen war es Bundespräsident Köhler seinerzeit nicht möglich, an dem Festakt zur feierlichen Überreichung des Bibliothekspreises teilzunehmen. Er versprach aber, den Besuch nachholen zu wollen. Dieses Versprechen löste er nun ein, indem er und seine Gattin zunächst einmal die preisgekrönte Bibliothek bestaunten, bevor der Alt-Bundespräsident aus dem Buch „Schicksal Afrika“ vorlas.

Beim Eintreffen an der Münsteraner Gartenstraße staunten die Eheleute Köhler nicht schlecht über die Kompaktheit des preußischen Gefängnisbaus. Nachdem Herr Köhler mit seiner Ehefrau Eva Luise die Gefängnisanlage besichtigt hatte, zeigten sich die prominenten Gäste beeindruckt von der Qualität der Gefangenenbücherei.

Anschließend hielt der Altbundespräsident einen Vortrag im Kirchenraum der Vollzugseinrichtung über das Thema „Was geht uns eigentlich Afrika an“. Die Ausführungen Köhlers ließen die rund 100 Gefangenen und 60 Gäste sehr nachdenklich zurück. Köhler arbeitete besonders die Verantwortung des Westens für die Zukunft und die Entwicklung Afrikas heraus und stand anschließend für eine sehr anregende, informative Diskussion zur Verfügung.

Wegen des großen Interesses, das seine Ausführungen erzeugten, verlängerte Altbundespräsident Köhler seine Stippvisite kurzfristig. Als kleines Dankeschön erhielt er aus den Händen der Anstaltsleiterin Maria Look ein durch einen Inhaftierten gebundenes Gästebuch.

Herr und Frau Köhler waren sehr daran interessiert, einen Einzelhafttraum gezeigt zu bekommen und befragten vor dem Betreten auch den Gefangenen, ob er mit der Einsichtnahme einverstanden sei. Sie interessierten sich für die Dauer

seines Aufenthalts und informierten sich auch über seine Zukunftspläne.

Anschließend bestaunte das Ehepaar Köhler die Galerien in den Hafthäusern und die Schönheit der Gefängnisarchitektur. Ganz besonders fasziniert waren die Köhlers von der Panoptik des preußischen Ziegelbaus, der vor 159 Jahren an der Gartenstraße in mühevoller Handarbeit errichtet worden war.

Zum Abschluss seines Besuches wurde der Altbundespräsident überrascht von seinem Patenkind **Lea-Sophie Schäper**, das ihm ein selbstgemaltes Bild von der Vollzugsanstalt überreichte. **Lea-Sophie**, siebtes Kind des Kollegen **Schäper**, freute sich über den Besuch von „Onkel Horst“. Dieses Zusammentreffen war ein ergeifernder und zugleich schöner Abschluss für den Besuch des Altbundespräsidenten in der JVA Münster.



Papa Schäper war sehr stolz auf seine Tochter Lea-Sophie, als die dem „Onkel Horst“ ein selbstgemaltes Bild überreichte. 2005 hatte Horst Köhler in seiner Eigenschaft als Bundespräsident die Patenschaft für Lea-Sophie übernommen.

Aus der Rechtsprechung: Die Ausschlussfrist für Entschädigungsansprüche beträgt zwei Monate

Mit Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 15.03.2012 (Aktenzeichen: 8 AZR 160/11) wurde festgestellt, dass behinderte Stellenbewerber wegen der unterlassenen Einladung eines öffentlichen Arbeitgebers zu einem Vorstellungsgespräch eine Entschädigung wegen Diskriminierung nur in einem Zeitraum von zwei

Monaten geltend machen können. Die Zwei-Monatsfrist sei die des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes.

Die Verfallsfrist fange in dem Moment zu laufen an, in der der Bewerber von seiner Benachteiligung erfahre. Der Kläger hatte sich als Lehrkraft in einer Vollzugsanstalt beworben und in seiner Bewerbung auf seine Schwerbehinderung hingewiesen. Die Absage des Landes, ohne ihn zum Vorstellungsgespräch einzuladen, empfand der Kläger als diskriminierend.

In solchen Konstellationen habe der Bewerber ein Recht auf Einladung, es sei denn, er ist offensichtlich ungeeignet für die Stelle. Die Geltendmachung einer Entschädigungszahlung beim Arbeitgeber sei 2 Monate und 2 Tage später eingegangen. Der Entschädigungsanspruch sei wegen der Verspätung von 2 Tagen verfallen, urteilten die Richter des Leipziger Bundesarbeitsgerichts.



In Begleitung ihres Leiters des Allgemeinen Vollzugsdienstes, Koll. Reinhard Elbers begrüßt Anstaltsleiterin Maria Look das Ehepaar Köhler.

BSBD-Ehrenmitglied Herbert Hilkenbach begeht 80. Geburtstag

Landesleitung würdigt verdienstvollen Kollegen

Am 27. März 2012 beging Herbert Hilkenbach seinen 80. Geburtstag. Für den BSBD-NRW gratulierte dessen stv. Vorsitzender Friedhelm Sanker und würdigte das gewerkschaftliche Engagement des Jubilars. Gleichzeitig wünschte er ihm Neugier auf das neue Lebensjahr, Energie, Schaffenskraft und vor allem gesundheitliche Stabilität. Dabei gab er der Hoffnung Ausdruck, dass der BSBD noch lange auf den profunden Erfahrungsschatz seines Ehrenmitgliedes zurückgreifen könne.

Bereits in den 1950er Jahren trat **Herbert Hilkenbach** als Lehrer in den Dienst des niedersächsischen Strafvollzuges. Anfang der 1960er Jahre wechselte er nach Nordrhein-Westfalen. Nach dem Aufbau des Schulwesens der JVA Herford war der Jubilar beim Justizvollzugsamt Westfalen-Lippe tätig, bevor er 1989 die Leitung der Herforder Jugendstrafanstalt übernahm. Hier setzte er bleibende Akzente bei der schulischen und beruflichen Qualifizierung junger Straftäter, deren Förderung ihm ein erkennbar persönliches Anliegen war und ist.

Für die Verdienste, die sich **Herbert Hilkenbach** um den Strafvollzug, um die ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit und um die Vertretung der Interessen der Lehrer des Strafvollzuges erworben hat, wurde ihm 1983 durch den Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Damit fand sein ehrenamtliches Engagement eine angemessene und sichtbare öffent-

liche Anerkennung. Weit über dreißig Jahre fungiert **Herbert Hilkenbach** sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene als Präsident der **BSBD-Gewerkschaftstage**. Seine gekonnten Moderationen und die straffe Führung der Arbeitssitzungen der Gewerkschaftstage sind legendär. Abweichungen vom jeweiligen Arbeitsprogramm werden pointiert gerügt, die Diskussionen straff geleitet.

Dank dieser Strategie der disziplinierten Behandlung gewerkschaftlicher Sachthemen konnte **Hilkenbach** auch Mammutprogramme in einem engen Zeitrahmen sachgerechten Problemlösungen zuführen. Mit gekonnt akzentuierender Eloquenz und einer routiniert lockeren Verhandlungsführung umkurvte **Herbert Hilkenbach** alle denkbaren Klippen der Geschäftsordnung. Seit mehr als drei Jahrzehnten ist der Gewerkschafter Gesicht und Stimme der **BSBD-Gewerkschaftstage**.

Mit Einfühlungsvermögen, Schlagfertigkeit und persönlichem Charme gelang



Herbert Hilkenbach.

es ihm immer wieder, der **BSBD-Familie** anlässlich der Gewerkschaftstage Vertrauen und Solidarität zu vermitteln, ohne auf den erforderlichen „gewerkschaftlichen Biss“ zu verzichten.

Wegen seiner herausragenden Verdienste um die **BSBD-Gewerkschaftsarbeit** wurde Herbert Hilkenbach 2007 zum Ehrenmitglied des **BSBD** ernannt. **Herbert Hilkenbach** ist eine verdiente Führungspersönlichkeit des Strafvollzuges und ein engagierter Verfechter der Interessen der Strafvollzugsbediensteten. Er hat großen Anteil daran, dass das öffentliche Erscheinungsbild des **BSBD** im Laufe der Zeit deutlich an Professionalität gewonnen hat.

Personalratswahl bei der Justizvollzugsschule NRW

Gewonnen und doch verloren

Die vorgezogene Wahl des örtlichen Personalrates bei der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen in Wuppertal fand am 11. April statt. Der **BSBD-Ortsverband** wurde infolge einer als katastrophal zu bezeichnenden Personalpolitik in extremer, beispielloser Weise geschwächt. Zahlreiche Lehrkräfte wurden von der Schule abgeordnet oder versetzt, was einerseits die Unterrichtserteilung bis auf den heutigen Tag belastet, andererseits der Organisationsstruktur des **BSBD** erheblich zugesetzt hat.

Nicht zuletzt das strikte Vorgehen der Schulleitung hielt viele Kolleginnen und Kollegen davon ab, sich als Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Wegen dieser unseligen Entwicklung war es dem **BSBD** lediglich möglich, eine Kandidatin für die Liste der Tarifbeschäftigten aufzustellen. Auf die **BSBD-Liste** für die Tarifbeschäftigten entfielen 18 Stimmen, während sich für die gewerkschaftliche Konkurrenz von ver.di nur sieben (!) Kolleginnen und Kollegen aussprachen. Die zu vergebenen zwei Beschäftigtenplätze entfielen damit auf die **BSBD-Liste**. Da auf



Aufgrund einer beispiellosen Hetzkampagne, die zum Rücktritt des alten Personalrats führte, wählten die Kolleginnen und Kollegen am 11. April 2012 einen neuen Personalrat.

dieser Liste aber nur eine Kollegin kandidierte, war der zweite Sitz an die Konkurrenz abzugeben. Dies ist ein äußerst unbefriedigendes Ergebnis und kein Ruhmesblatt für die Personalführung im Strafvollzug. Einschüchterungen, wie sie augenscheinlich auch bei der Justizvollzugsschule NRW wirken, waren bislang nur von Discontnern wie Lidl und Schlecker bekannt. Im öffentlichen Dienst erwartet man solch einen Umgang mit Kolleginnen und Kollegen eigentlich nicht.

Der **BSBD** wird diese Entwicklung in Kürze mit dem Justizministerium erörtern, damit Wiederholungen dieser Art verhindert werden und die Justizvollzugsschule endlich wieder zu normalen Verhältnissen und zu einer sachgerechten Wissensvermittlung zurückfinden kann.

Die Ereignisse des letzten Jahres mit der üblen Diffamierung des früheren Personalrates durch eine interessierte Clique sind noch nicht vergessen. Als Genug-

tuung empfinden die früheren Personalratsmitglieder das jetzige Abstimmungsergebnis. Die Kolleginnen und Kollegen der Justizvollzugsschule NRW haben überzeugend zum Ausdruck gebracht, wo sie ihre Interessen am besten vertreten sehen, nämlich beim **BSBD**. Das Ergebnis ist letztlich ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die den „Aufstand“ des letzten Jahres inszenierten.

Die Wahlbeteiligung lag mit über 92 Prozent weit über dem Landesdurchschnitt bei vergleichbaren Wahlen. Übrigens, die vom Schulleiter gekürte und

eingesetzte Vertrauenslehrerin, die in die Ereignisse im letzten Jahr aktiv verwickelt war, aus dem **BSBD** austrat und für **ver.di** auf der Beamtenliste kandidierte, erhielt mickrige zwei Stimmen. Vermutlich war eine davon ihre eigene. Manchmal haben Kolleginnen und Kollegen eben ein feines Gespür dafür, wer ihr Vertrauen verdient. Vertrauen kann eben nicht angeordnet werden; Vertrauen muss langsam wachsen.

Allen unseren Wählerinnen und Wählern dankt der **BSBD** für das mit der Wahl überzeugend zum Ausdruck ge-

brachte Vertrauen. Die **BSBD**-Vertreterin fühlt sich diesem Vertrauensvorschuss verpflichtet und wird alles daransetzen, die Interessen der Kolleginnen und Kollegen sachgerecht und fachkompetent zu vertreten.

Der **BSBD** wird die durch zahlreiche Personalmaßnahmen zerschlagene Struktur der Gewerkschaftsarbeit vor Ort zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen wieder aufbauen, damit die Personalvertretungsarbeit recht bald wieder auf der Basis des Mehrheitswillens der Beschäftigten gestaltet werden kann.

BSBD-Hauptvorstand tagte in Hagen

Konsequenzen der Landtagsauflösung diskutiert

Zu seiner Frühjahrssitzung trat der **BSBD**-Hauptvorstand am 04. April 2012 zusammen, um notwendige Konsequenzen aus dem Scheitern der Regierung Kraft zu ziehen, um die Personalratswahlen 2012 vorzubereiten und um die aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit zu diskutieren. Landesvorsitzender Peter Brock zeigte sich über die fast vollständige Anwesenheit aller Mandatsträger sehr erfreut. Den Mitgliedern des Gremiums wurde ausgiebig Gelegenheit eingeräumt, die spezifischen Anliegen und Themenschwerpunkte der gewerkschaftlichen Fachbereiche darzustellen, um die Zielrichtung ihrer Arbeit abzustimmen. **BSBD**-Chef Peter Brock machte klar, dass der **BSBD**-Hauptvorstand als Bindeglied zwischen Ortsebene und Landesleitung und als das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Gewerkschaftstagen unverzichtbare Basisorientierung und Feinjustierung für die Gewerkschaftsarbeit sicherzustellen habe.



BSBD-Chef Peter Brock rief die Delegierten der Ortsverbände dazu auf, das persönliche Gespräch mit den Kolleginnen und Kollegen zu suchen, um sie für die Unterstützung der gemeinsamen Interessen aller Strafvollzugsbediensteten zu gewinnen.

Einen wesentlichen Themenschwerpunkt bildete die **Justizvollzugsschule NRW**, die immer noch nicht in ruhiges Fahrwasser zu gelangen scheint. Dem Vernehmen nach soll die neue Schulleitung nicht mehr und nicht weniger als einen Systemwechsel organisieren. Dies hat bereits nach kurzer Zeit zu erheblichen Problemen mit den Anwärtinnen und Anwärtern, aber auch mit dem Lehrkörper geführt. Der **BSBD** vertritt die Auf-

fassung, dass junge Erwachsene, die sich beruflich im Strafvollzug für unsere Gesellschaft engagieren, während der theoretischen Ausbildung Anspruch darauf haben, sich zu selbstbewussten, kompetenten Persönlichkeiten entwickeln zu können. Kontrolle und Repression, wie sie von Betroffenen beklagt wird, trägt sich hiermit nicht. Die ministerielle Administration ist gut beraten, die Konflikte nicht eskalieren zu lassen, sondern

steuernd einzugreifen. Die öffentlichkeitswirksame, mitunter ehrverletzende Berichterstattung aus Anlass besonderer Vorkommnisse in der **JVA Bochum** wurde von den Gewerkschaftern scharf kritisiert. Speziell zeigte man sich verwundert darüber, dass die Suspendierung des Anstaltsleiters öffentlich publiziert wurde, während über die Aufhebung dieser Maßnahme nur in kleiner Aufmachung berichtet wurde. Unverständnis löste auch der ungebremste Aktionismus des Sicherheitsreferats des Justizministeriums aus, dass die Vollzugseinrichtungen mit aus Sicht des **BSBD** sehr restriktiven und auf Absicherung bedachten Erlassen „flutete“. So lässt sich ein Behandlungsvollzug, der bewusst kalkulierte Risiken eingehen muss, nicht organisieren.

Zweifel äußerten die Gewerkschafter auch an der Einführung der neuen **Dienstkleidung** und daran, dass die avisierten Qualitätsprüfungen auch tatsächlich sachgerecht durchgeführt werden. Begrüßenswert sei allerdings, dass nunmehr ein Verfahren zur Einführung der neuen Dienstkleidung gewählt werden soll, das ein langwieriges Ausschreibungsverfahren vermeidet. Damit wird die Umstellung wesentlich schneller zu bewerkstelligen sein. Keinen Zweifel ließen die Delegierten der Ortsverbände daran, dass der **BSBD**-Forderung nach einer gesetzlichen Regelung für die kostenlose Bereitstellung einer ansprechenden, funktionalen Uniform absolute Priorität zukomme. Die Landesleitung wurde folglich beauftragt, eine politische Mehrheit für die Unterstützung dieses Anliegen zu gewinnen.

Auf Unverständnis stießen die Bestrebungen des Justizministeriums, die Schulung der Strafvollzugsbediensteten im **Umgang mit Schusswaffen** auf wenige Gruppen zu beschränken, um Kostenreduzierungen zu realisieren. Dabei ist es selbst für Ausstehende nachvoll-

ziehbar, dass damit in die Flexibilität der dienstlichen Verwendungsmöglichkeiten nachhaltig eingeschränkt wird. Wenn Sicherheit tatsächlich einen so hohen Stellenwert hat, wie man nach den Bochumer Vorkommnissen annehmen musste, dann **ist dieser Erlass nach Einschätzung der Gewerkschafter eine kontraproduktive Zumutung.**

Breiten Raum in der Diskussion nahmen die **Auflösung des Landtages** und die daraus resultierenden haushaltstechnischen Probleme ein. So liegen die im Haushaltsentwurf 2012 vorgesehenen Investitionen und strukturelle Veränderungen im personellen Bereich auf Eis. Einen solchen Zustand kann sich das Land aber für längere Zeit nicht leisten. Erfreulich ist allerdings die Ankündigung der ministeriellen Administration, nunmehr etwas mehr Zeit für die Bearbeitung der seit Jahren ausstehenden Regelung der **Arbeitszeit- und Dienststunden**, für die **Sport-AV** sowie für die Einführung eines **Gesundheitsmanagements** zu haben. Im Vorfeld der Hauptvorstandssitzung war mit den einzelnen **BSBD-Bezirken** sowohl für den Beamten- als auch für den Beschäftigtenbereich jeweils ein Kandidatenpool aufgestellt worden. Nach intensiver Beratung konnten mit großer Einmütigkeit die Kandidatenlisten verabschiedet werden.

Die Delegierten waren sich sicher, den Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugeinrichtungen eine kompetente, streitbare, verantwortungsbewusste und durchsetzungsfähige Mannschaft für die Wahl zum Hauptpersonalrat



Sie kandidieren auf den ersten Plätzen der Listen für die Wahl zum Hauptpersonalrat. Von links: Heinz-Georg Klein (Köln), Rolf Oelke (Köln), Peter Brock (Rheinbach), Andrea Krehl (Fröndenberg), Ulrich Biermann (Bielefeld-Senne) und Erwin Rosengart (Dortmund).

2012 präsentieren zu können. Zum Abschluss der Sitzung rief **BSBD-Chef Peter Brock** alle Mandatsträger zu einem engagierten Personalratswahlkampf auf: *„Am 14. Juni 2012 müssen wir uns als die maßgebliche und bestimmende gewerkschaftliche Kraft der Strafvollzugsbediensteten erweisen, damit wir die Interessen der Kolleginnen und Kollegen gestärkt wahrnehmen und unsere berechtigten Forderungen nach überfälligen Strukturverbesserungen durchsetzen und bei der Politik mehrheitsfähig machen können“.* Der **BSBD-Chef** rief die Mandatsträger auf, sich für eine

hohe Wahlbeteiligung einzusetzen und alle Kolleginnen und Kollegen, die am Wahltag verhindert sein werden, zur **Briefwahl** zu bewegen.

Der Vorsitzende bedankte sich sodann bei allen Teilnehmern für die sehr intensiv und konstruktiv geführten Diskussionen. Er sah in der engagierten, überaus konstruktiven Mitarbeit der Delegierten ein positives Zeichen, sich im Ehrenamt den künftigen gewerkschaftlichen Herausforderungen zu stellen und die dringend notwendigen Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen anzustreben und durchzusetzen.

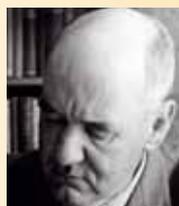
Kleine Weisheiten

„Geduld ist die Tugend der Glücklichen.“
Baruch Benedictus de Spinoza (1632-77), niederl. Philosoph



Auf dem Grabstein (der Erde; d.Red.) könnte stehen: „Jeder wollte das Beste – für sich.“
*Siegfried Lenz (*1926), dt. Schriftsteller*

„Das Wichtigste in unserem Leben ist das Morgen. Um Mitternacht kommt der junge Tag, rein und unbefleckt, und begibt sich in unsere Hände, hoffend, dass wir vom Gestern gelernt haben.“
John Wayne (1907-79), eigtl. Marion Michael Morrison, amerik. Schauspieler



„Arbeite, und du kannst der Belohnung nicht entgehen. Ob die Arbeit fein ist oder derb, ob du Korn pflanzt oder Romane schreibst,

wenn es nur ehrliche Arbeit ist, die die eigene Billigung findet, wird sie sowohl die Gefühle belohnen wie den Verstand. Ganz gleich wie oft du besiegt wirst, du bist zum Sieg geboren. Die Belohnung für eine gut gemachte Arbeit ist, sie gemacht zu haben.“
Ralph Waldo Emerson (1803-82), amerik. Philosoph u. Dichter



„Dass alles vergeht, weiß man schon in der Jugend; aber wie schnell alles vergeht, erfährt man erst im Alter.“
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916), österr. Schriftstellerin